

Anhang 1:

Kumulation mit der Biogasanlage

1. Mangelnde Kumulierung nach § 10 Abs. 4 UVPG

Die Biogasanlage ist hier als Vorbelastung zu berücksichtigen.

Eine Kumulation mit der Tierhaltung scheidet hier aus. Die Biogasanlage und die Tierhaltungsanlage stellen keinen Fall von § 10 Abs. 4 UVPG dar. Danach liegen kumulierende Vorhaben vor, wenn mehrere Vorhaben derselben Art von einem oder mehreren Vorhabenträgern durchgeführt werden und in einem engen Zusammenhang stehen. Ein enger Zusammenhang liegt vor, wenn 1. sich der Einwirkungsbereich der Vorhaben überschneidet und 2. die Vorhaben funktional und wirtschaftlich aufeinander bezogen sind. Technische und sonstige Anlagen müssen zusätzlich mit gemeinsamen betrieblichen oder baulichen Einrichtungen verbunden sein. Die beiden vorbenannten Vorhaben sind schon kein Vorhaben derselben Art. So setzt § 10 UVPG den Artikel 2 Abs. 1 der Richtlinie 85/337/EWG des Rates vom 27. Juni 1985 über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten (ABl. L 175, S. 40) unter Beachtung des sog. „Irland-Urteils“ des Europäischen Gerichtshofes vom 21. September 1999 - Rs. C-392/96 - um. Im vorbenannten Urteil hat der EuGH darauf hingewiesen, dass eine Kumulation nur bei gleichartigen Vorhaben in Betracht kommt (EuGH, Rs. C-392/96 – „Irland-Urteil“ –, Rn. 76). Eine gemeinsame Betrachtung als kumulierende Vorhaben soll mithin nur dann angestellt werden, wenn es sich um qualitativ vergleichbare Vorhaben handelt, deren Größe oder Leistung zu einem einheitlichen Gesamtwert in derselben Messeinheit aufsummiert werden können, diese also artidentisch und damit kumulationsfähig sind. Bejahen lässt sich dies unstreitig für Vorhaben, die in der Liste „UVP-pflichtige Vorhaben“ (Anlage 1 zum UVPG) einer Vorhabenart derselben Ordnungsnummer angehören (BT-Drucksache 18/11499, S. 81 f.; Arnold in: Hoppe/Beckmann/Kment, a. a. O., § 10 Rn. 10; Tepperwien in: Schink/Reidt/Mitschang, UVPG, Stand April 2018, § 10 Rn. 5; Peters/Balla/Hesselbarth, 4. Auflage 2019, UVPG, § 10 Rn. 6). Bei qualitativ unterschiedlichen Vorhaben kommt eine Addition nur dann in Betracht, wenn das Gesetz ausnahmsweise selbst übergreifende Bewertungs- oder Umrechnungsfaktoren mitliefert, wie es etwa bei den Anlagen zur

Intensivtierhaltung (vgl. Nr. 7.11.1 der Anlage 1) der Fall ist (vgl. Arnold, a. a. O., § 10 Rn. 10; vgl. zum alten Recht: Sagenstedt in: Landmann/Rohmer, UVPg, § 3b Rn. 27).

Anhand dieser Erwägungen scheidet hinsichtlich der vorliegenden Vorhaben die Annahme von Vorhaben derselben Art aus. Die UVP-(Vor-)Prüfungspflicht einer Biogasanlage richtet sich nach der Menge der Einsatzstoffe und der damit einhergehenden Durchsatzkapazität. Demgegenüber wird die UVP-(Vor-)Prüfungspflicht einer Hähnchenmastanlage nach der Zahl der Tierplätze bestimmt.

Es bedarf auch keiner EU-rechtskonformen Auslegung. Denn Sinn und Zweck der genannten Richtlinie wird hier nicht unterlaufen. Diese Sichtweise steht zudem im Einklang mit der Rechtsprechung des EuGH. Den Urteilen des EuGH vom 10. Dezember 2009 - Rs. C-205/08 - sowie vom 17. März 2011 - Rs. C-275/09 - gegen die unzulässige Aufsplitterung mehrerer Projekte im Rahmen der Bewertung ihrer Umweltauswirkungen ist mit dem nunmehr umgesetzten § 10 UVPg Rechnung getragen. Soweit der EuGH in seinem Urteil vom 11. Februar 2015 - Rs. C-531/13 - darauf hinweist, die Pflicht zur Prüfung der Auswirkungen eines Projekts im Zusammenhang mit anderen sei nicht auf gleichartige Projekte beschränkt, lässt sich der Vorschrift aus § 10 Abs. 4 UVPg ebenfalls kein entsprechendes Auslegungserfordernis entnehmen. So spricht der EuGH ausdrücklich von „kumulativen Auswirkungen mit anderen Projekten“ (vgl. EuGH-Urteil vom 11. Februar 2015 - Rs. C-531/13 -, Rn. 43) und nimmt Bezug auf diejenigen Konstellationen, die gerade nicht von § 10 Abs. 4 UVPg erfasst werden. Der seitens des EuGH geforderten Obliegenheit zur Prüfung dieser kumulativen Auswirkungen im Rahmen der „Überprüfung, ob ein Projekt einer Umweltverträglichkeitsprüfung unterzogen werden muss“ (vgl. EuGH, a. a. O., Rn. 45) wird im Wege der UVP-Vorprüfung durch Berücksichtigung der in Nr. 2 der Anlage 3 zum UVPg getroffenen Regelungen genüge getan; dies übrigens in Umsetzung des Anhangs III der Richtlinie 2011/92/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 13.12.2011 über die Umweltverträglichkeitsprüfung bei bestimmten öffentlichen und privaten Projekten (ABl. L 26/1). Danach ist die ökologische Empfindlichkeit eines Gebiets, das durch ein Vorhaben möglicherweise beeinträchtigt wird, unter Berücksichtigung des Zusammenwirkens mit anderen Vorhaben in ihrem gemeinsamen Einwirkungsbereich zu beurteilen. Der in Nr. 2 der Anlage 3 zum UVPg verwendete Terminus des „Zusammenwirkens mit anderen Vorhaben“ ist dabei eben nicht mit dem der „kumulierenden Vorhaben“ in § 10 Abs. 4 UVPg identisch. Die Regelung gemäß Nr. 2 der Anlage 3 zum UVPg setzt gerade nicht voraus, dass es sich bei den jeweiligen Vorhaben um solche derselben Art handelt. Zu berücksichtigen sind „andere Vorhaben“ in diesem

Zusammenhang bereits dann, wenn sich deren Einwirkungsbereich mit dem Einwirkungsbereich des geplanten Vorhabens überschneidet, das betroffene Gebiet also Umweltauswirkungen mehrerer Vorhaben ausgesetzt ist (vgl. OVG Nordrhein-Westfalen, Urteil vom 16. März 2016 - 8 A 1577/15 -, juris Rn. 37 m. w. N.). Nach allem scheidet eine Kumulierung zwischen Biogasanlage und Tierhaltung nach § 10 Abs. 4 UVPG hier aus.

2. Biogasanlage nicht Teil des Vorhabens der Tierhaltung

Zudem ist die Biogasanlage auch nicht deshalb in den UVP-Bericht für das verfahrensgegenständliche Vorhaben zu integrieren, weil sie Teil der verfahrensgegenständlichen Anlage wäre.

a) Mangelnde gemeinsame Anlage nach § 1 Abs. 3 der 4. BImSchV

Es liegt zum einen keine gemeinsame Anlage mit der Tierhaltung nach § 1 Abs. 3 der 4. BImSchV vor. Nach dieser Regelung liegen die im Anhang bestimmten Voraussetzungen vor, wenn mehrere Anlagen derselben Art in einem engen räumlichen und betrieblichen Zusammenhang stehen (gemeinsame Anlage) und zusammen die maßgebenden Leistungsgrenzen oder Anlagengrößen erreichen oder überschritten werden. Ein enger betrieblicher Zusammenhang ist gegeben, wenn die Anlagen auf demselben Betriebsgelände liegen, mit gemeinsamen Betriebseinrichtungen verbunden sind und einem vergleichbaren technischen Zweck dienen. Bestimmend dafür, ob Anlagen derselben Art zugehören, sind technologische Gesichtspunkte unter besonderer Berücksichtigung der Emissionsart. Anlagen, die verschiedenen Nummern des Anhangs zur 4. BImSchV zugeordnet werden, sind in der Regel keine Anlagen derselben Art (vgl. Ludwig, in: Feldhaus, Bundesimmissionsschutzrecht, § 1 4. BImSchV Rn. 16).

So liegen die Dinge auch hier. Die Biogasanlage ist einer anderen Ordnungsziffer nach Anhang 1 der 4. BImSchV zuzuordnen als die Tierhaltung. Damit liegen keine Anlagen derselben Art nach § 1 Abs. 3 der 4. BImSchV vor, so dass keine gemeinsame Anlage vorliegt.

b) Mangelndes Vorliegen einer Nebenrichtung im Sinne des § 1 Abs. 4 der 4. BImSchV

Die Biogasanlage ist in den UVP-Bericht für die Tierhaltung auch nicht deshalb aufzunehmen, weil sie eine Nebeneinrichtung gemäß § 1 Abs.4 der 4. BImSchV wäre. Zwar stehen Biogasanlage und Tierhaltung in einem räumlich funktionalen Zusammenhang, weil die Biogasanlage zur (vollständigen) Verwertung der tierischen Nebenprodukte der Geflügelhaltung dient und die Ställe der Geflügelhaltung mithilfe eines Teils der in der Biogasanlage erzeugten Energie beheizt werden. Allein das macht die Biogasanlage allerdings nicht zu einer Nebeneinrichtung im Sinne des Gesetzes, die sich durch ihren dienenden, der Haupteinrichtung untergeordneten Charakter auszeichnet. Bei der Frage, ob „Teile oder Nebeneinrichtungen“ im Sinne von § 1 Abs. 4 4. BImSchV oder je getrennte Anlagen vorliegen, ist eine Würdigung der jeweiligen Einzelfallumstände vorzunehmen. Vor dem Hintergrund einer Gesamtschau der Umstände – Größe der Biogasanlage anhand der Produktionskapazität, Anteil der Einsatzstoffe aus der Geflügelhaltung an der Gesamtheit der Einsatzstoffe, Anteil der Verwertung der Energie aus der Biogasanlage in der Stallanlage – steht fest, dass beide Anlagen über den wechselseitigen Austausch (von Energie einerseits und Hähnchenmist andererseits) zwar als verbundene, aber eigenständige Anlagen mit eigenständigen Hauptzwecken nebeneinander stehen (vgl. zu einer solchen Konstellation OVG Berlin-Brandenburg, Beschl. v. 10.12.2021 – 11 S 31/21). Somit ist die Biogasanlage auch nicht § 1 Abs. 4 der 4. BImSchV als Teil des Vorhabens der Tierhaltung anzusehen.

Sie ist als Vorbelastung im UVP-Bericht zu behandeln.